

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der **BEZIRKSVERTRETUNG 3** am 14.03.2014
Historisches Rathaus, Sitzungsraum B 115, Am Rathaus 1, 45468 Mülheim an der Ruhr

ANWESEND:

Herr Gerhard Allzeit

Frau Monika Blum

Herr Otto Bröker

Herr Peter Jansen

Herr Rudolf Klüppel

Frau Susanne Dodd

Herr Manfred Markovics

Herr Hans-Jürgen Walter

Herr Heinz Westerwinter

Herr Heinz-Dieter Zeitnitz

Frau Heidemarie Sinn-Leyendecker

Herr Hans-Hermann Stollen

Frau Heidelore Godbersen

Frau Gesine Schloßmacher

Herr Wolf-Rüdiger Deichsel-Otterbeck

Herr Werner Seeger

ENTSCULDIGT:

Frau Elke Oesterwind

Herr Sebastian Böck

Herr Stefan Böck

VON DER VERWALTUNG WAREN ANWESEND:

Herr Beig. Peter Vermeulen

Herr Berges, Frank – Amt 26

Frau Erdmann, Claudia – Amt 61

Frau Gerent, Minka – Amt 45

Frau Kunadt, Kerstin – Amt 32

Herr Ludewig, Peter – Amt 30

Frau Marx, Ulrike – Amt 70

Herr Verhufen, Rainer – Amt 66

Herr Voß, Helmut – Amt 66

Frau Waage, Sylvia – Amt 67

Herr Dr. Zentgraf, Jürgen – Amt 70

GÄSTE:

Herr Wunder (BIG)

Herr Peter-Torsten Schulz (Künstler)

SCHRIFTFÜHRUNG:

Frau Martina Schimanski

TAGESORDNUNG:

I. Öffentliche Sitzung

Beginn: 15:01

Ende: 17:26

- 1 Sitzungseröffnung und Aussprache zur Tagesordnung der öffentlichen Sitzung
- 2 Aktuelle Fragestunde für Mitglieder der Bezirksvertretung 3
- 3 Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung 3 am 23.01.2014
- 4 Eingaben gemäß § 24 Gemeindeordnung
 - 4.1 Parken in Saarn
Eingabe gem. § 24 GO NRW
Vorlage: B 14/0099-01
 - 4.2 Eingabe nach § 24 GO NRW
Antrag zur Aufstellung einer Bank auf der Friedhofstraße
Vorlage: B 14/0203-01
 - 4.3 Zusätzliche Parkplätze in der Frankenallee
Eingabe nach § 24 GO NRW
Vorlage: B 14/0212-01
 - 4.4 Zusätzliche Parkplätze im Bereich Königstraße bis zur Mentzstraße
Eingabe nach § 24 GO NRW
Vorlage: B 14/0213-01
 - 4.5 Grünstreifen an der Karlsruher Straße
Eingabe nach § 24 GO NRW
Vorlage: B 14/0223-01
- 5 Aktion "Rettet den Storch Georch"
Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.02.2014
Vorlage: A 14/0224-01
- 6 Betreuungsangebote in den Kindertageseinrichtungen im Kindergartenjahr
2014/2015
Vorlage: V 14/0038-01
- 7 Änderung des Bebauungsplanes "Kölner Straße/Fahrkamp - I 16"
(Verfahrensbezeichnung I 16/I)
Auslegungsbeschluss
Vorlage: V 14/0113-01

- 8 Erlass einer Umlegungsanordnung für den Bereich des Bebauungsplanes "Kölner Straße / Fahrkamp - I 16"
Vorlage: V 14/0079-01
- 9 Bauen und Klimaschutz - Checkliste
Vorlage: V 14/0095-01
- 10 Verwendung der Haushaltsmittel für Spielgeräteeersatzbeschaffungen auf Kinderspielplätzen im Stadtbezirk 3
Vorlage: V 14/0147-01
- 11 Gärtnern in der Stadt (Urban Gardening)
Vorlage: V 13/0638-02
- 11.1 Entfernung von städtischen Bäumen aus Gründen der Verkehrssicherheit
- 12 Stickstoffdioxid-Belastung Kölner Straße in Selbeck
Vorlage: A 14/0114-01
- 13 Sachstand Schrottverwertung Jost
- 14 Förderung neuer Wohnformen durch Bereitstellung von Grundstücken
Vorlage: V 14/0116-01
- 15 Bericht des ImmobilienService über die laufenden Baumaßnahmen
Vorlage: V 14/0120-01
- 16 Bericht über die laufende Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen in Schulgebäuden
Vorlage: V 14/0121-01
- 17 Verkauf von nicht für den Ausbau der Straße "Nesselbleck" benötigten Teilflächen
Vorlage: V 14/0216-01
- 18 Vergabeermächtigung für den Bau einer Aufzugsanlage an der Pestalozzischule Bülowstraße
Vorlage: V 14/0226-01
- 19 Verwendung der Verfügungsmittel der Bezirksvertretung 3

- 19.1 Verwendung der Verfügungsmittel
Aktuelle Übersicht
Vorlage: V 14/0220-01

- 19.2 Verwendung der Verfügungsmittel
Antrag der DJK Ruhrwacht e.V.
Vorlage: V 14/0112-01

- 19.3 Verwendung der Verfügungsmittel
Sicherheitsbeleuchtung in der Alten Dreherei
Vorlage: V 14/0123-01

- 19.4 Verwendung der Verfügungsmittel
Finanzielle Unterstützung für die GGS Krähenbüschken
Vorlage: V 14/0243-01

- 20 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- 21 Mitteilungen der Verwaltung

NIEDERSCHRIFT:

I. Öffentliche Sitzung

- 1** Sitzungseröffnung und Aussprache zur Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

Beratungsverlauf:

Herr Bezirksbürgermeister Allzeit eröffnete die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung 3 um 15.01 Uhr und begrüßte alle Anwesenden. Zur Tagesordnung schlug er vor, Tagesordnungspunkt 5 in eine Anfrage umzuwandeln, die Punkte 7 und 8 in der Reihenfolge zu tauschen und einen neuen Punkt 11.1 zum Thema Baumfällungen einzufügen. Zu dem von **Herrn Stollen** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) geäußerten Wunsch, Tagesordnungspunkt 6 abzusetzen, da er die Unterlage nicht erhalten habe, schlug er vor, die Berichterstattung zunächst anzuhören. Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass die Unterlage bereits am 21.01.2014 versandt wurde.

Die so geänderte Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt und wie folgt erledigt:

Beratungsverlauf:

Frau Dodd (SPD) verwies auf eine Pressemitteilung, wonach neun Kinder, die in der OGS Oemberg keinen Platz bekommen haben, in umliegenden Einrichtungen betreut werden. Sie bat um Auskunft, wie die Kinder zu diesen Einrichtungen gelangen.

Redaktionelle Anmerkung: Laut Mitteilung des Amtes für Kinder, Jugend und Schule werden die in dem Presseartikel ausgewiesenen 9 Schülerinnen und Schüler, die einen OGS-Platz an anderen Schulen erhalten, selbstverständlich auch Schüler dieser anderen Schulen werden. Insofern wurde die Pressemitteilung offensichtlich missinterpretiert. Ein Szenario, wonach ein Kind am Oemberg beschult würde und für die Betreuung an einen anderen Standort wechseln müsste, sei allein schon aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Herr Seeger (FDP) wies auf die neue Asphaltdecke an der Wissolstraße/Ecke Heerstraße hin und erkundigte sich, aus welchem Grund der Zebrastreifen und die Haltelinie in Gelb markiert worden seien. **Herr Voss** (Amt für Verkehrswesen und Tiefbau) antwortete, dass der Betrieb eines Zebrastreifens ohne Markierung unzulässig wäre. Die Farbe „Gelb“ sei ausschließlich für provisorische Markierungen vorzusehen. Das aufgeklebte Provisorium sei schnellstmöglich durch eine dauerhafte, dann weiße Markierung zu ersetzen.

Herr Walter (SPD) erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand zur Baumaßnahme an der Saarer Straße/Strippchens Hof. **Frau Erdmann** (Amt für Stadtentwicklung, Bauordnung und Bauaufsicht) erklärte, dass der Investor von seinem Recht Gebrauch gemacht und um eine Fristverlängerung von einem Jahr gebeten habe.

Darüber hinaus schlug **Herr Walter** vor, die Querungshilfe an der HansasträÙe jetzt zu bauen und nicht bis zum Ausbau der HansasträÙe zu warten, da aufgrund des Altenheims, des Kindergartens und des Aldi-Marktes ein entsprechender Handlungsbedarf bestehe. **Herr Voss** erklärte, einen entsprechenden Hinweis über die Bürgeragentur erhalten zu haben. Der Ausbau der HansasträÙe mit Mittelinsel sei ursprünglich für 2014 vorgesehen gewesen, wegen des Kanalbaus allerdings erst in ca. zwei Jahren möglich, so dass jetzt über alternative, gegebenenfalls auch provisorische Maßnahmen nachgedacht werden müsse. Im April würde sich eine Verwaltungsmeinung zu diesem Thema bilden, so dass in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung 3 am 05.05.2014, dazu berichtet werden könne.

Frau Sinn-Leyendecker (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bat für die nächste Sitzung um einen Sachstandsbericht zu den Dauercampers am Entenfang. Darüber hinaus bat sie um Auskunft, ob der neue Radweg der Rheinischen Bahn zwischen Essen und Duisburg zu einer Radautobahn in 10 m Breite ausgebaut werde. Eine 10 m breite Radautobahn sei laut **Herrn Voß** nicht geplant, es würden zur Zeit aber noch recht unterschiedliche Planungs- und Finanzierungsansätze geprüft. Die Verwaltung werde der Bezirksvertretung sobald wie möglich zum aktuellen Sachstand Bericht erstatten.

Herr Beig. Vermeulen erläuterte, dass der Entenfang in den 70er Jahren im Zuge einer Sondernutzungserlaubnis als Campingplatz eingerichtet worden sei. Das Campen an sich sei temporär und diene zu Erholungszwecken. Allerdings würden sich immer mehr Menschen

dauerhaft zu Wohnzwecken dort anmelden. Dies sei so nicht zulässig und das Ministerium habe nun eine Stellungnahme der Stadt angefordert. Die Stadt müsse ordnungsbehördlich eingreifen, was für manchen Betroffenen eine besondere Härte bedeute. Auf den Einwand von **Herrn Deichsel-Otterbeck** (FDP), dass die Legalisierung in diesem Fall die einzige Lösung sei, erklärte **Herr Beig. Vermeulen** weiter, dass dies aufgrund des bestehenden Baurechts und der daraus zu berücksichtigenden Aspekte, wie z.B. Erreichbarkeit, Rettungswege und Anbindung an Schulen, nicht so einfach sei. Dies sei am Entenfang nicht vorhanden und würde bei Legalisierung erhebliche finanzielle Folgen für die Stadt bedeuten. Auch die immissionsrechtlichen Bedingungen seien schwierig.

Frau Sinn-Leyendecker erkundigte sich, aus welchem Grund das von der PIA geplante Projekt am Növerhof nicht durchgeführt werden könne und erbat einen entsprechenden Bericht für die nächste Sitzung.

Herr Beig. Vermeulen informierte über eine der Verwaltung vorliegende Bauvoranfrage zum Betrieb einer Großimkerei. Dafür müsse man über die entsprechenden landwirtschaftlichen Flächen verfügen und diese auch nachweisen. Diesen Nachweis zu erbringen, sei bei Bienen schwierig, doch das Rechtsamt habe eine Stellungnahme abgegeben, wonach die zu erfüllenden Bedingungen hier nicht vorliegen. Die Verwaltung sei jedoch bestrebt, gemeinsam mit dem Antragsteller nach Lösungen zu suchen.

3 Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung 3 am 23.01.2014

Beratungsverlauf:

Herr Jansen (CDU) bat um folgende Ergänzung des Wortbeitrages von Frau Schallwig (Amt für Kinder, Jugend und Schule) unter Tagesordnungspunkt 6: „Aufgrund der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Rates der Stadt, würde die Hälfte des Trägeranteils für Kitaeinrichtungen freier Träger von der Stadt übernommen.“

Die Bezirksvertretung 3 nahm die so geänderte Niederschrift zur Kenntnis.

4 Eingaben gemäß § 24 Gemeindeordnung

4.1 Parken in Saarn

Eingabe gem. § 24 GO NRW

Vorlage: B 14/0099-01

Berichterstattung: Kerstin Kunadt

Beratungsverlauf:

Frau Kunadt (Ordnungsamt) gab an, die von dem Petenten bemängelte Parksituation auf der Landsberger Straße und der Straßburger Allee künftig zu überprüfen, auch wenn hier nicht zwangsläufig die Zuwegung des Rettungsdienstes, wie im Fall der Klosterstraße, behindert werde. Der Außendienst sei beauftragt worden, bei Wochenendkontrollen die

beschriebene Verkehrssituation zu dokumentieren und beobachtete Verkehrsverstöße zu ahnden. Außerdem sei es gängige Praxis des Ordnungsamtes, die Firmen anzusprechen, deren LKW vorhandene Parkstreifen und Gehwege insbesondere an Wochenenden in Anspruch nehmen. Solange es sich um Mischgebiete handle und das zulässige Gesamtgewicht 7,5 t nicht überschreite, bestünde jedoch keine rechtliche Handhabe.

Herr Stollen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) verwies auf die z.B. stets gut besuchten Konzerte im Kloster Saarn, so dass die Parkplatzsuche dort immer schwierig sein werde. Er schlug daher vor, zu prüfen, ob das Gelände der Firma Thyssen-Krupp in der anliegenden Straße "Sommerfeld" für solche Veranstaltungen zum Parken genutzt werden könne.

Frau Kunadt sagte eine Überprüfung der Anregung zu.

Frau Blum (CDU) erinnerte an ihre Frage aus der aktuellen Fragestunde der Januar-Sitzung, die noch nicht beantwortet worden sei. Sie habe gebeten zu prüfen, ob es im Bereich des Kloster Saarn Möglichkeiten gebe, eine Verbesserung der Parksituation zu erzielen. **Frau Kunadt** antwortete, dass aus ordnungsbehördlicher Sicht keine Verbesserung geschaffen werden könne. Gegebenenfalls könnten aus planerischer Sicht Lösungen angeboten werden. Bei größeren Veranstaltungen, die straßenverkehrsrechtlich relevant seien, würde schon heute ein Parkleitkonzept vom Veranstalter gefordert.

Redaktionelle Anmerkung: Laut Mitteilung des Amtes für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung) wird der eingeleitete vorhabenbezogene Bebauungsplan (VBB) „Haus Senfkorn/Klosterstraße – I 9(v)“ ausschließlich auf privatem Grundstück realisiert. Es sei die Errichtung von 13 Wohneinheiten geplant. Für diese werde der bauordnungsrechtliche Stellplatzschlüssel von 1 ST/WE auf dem eigenen Grundstück nachgewiesen.

Die Stellplätze, die sich derzeit auf dem Grundstück befinden seien keine öffentlichen Parkplätze. Der bisherige Eigentümer habe lediglich bislang eine "öffentliche" Nutzung geduldet. Durch den Eigentümerwechsel (zukünftig Investor des VBB) und die Ziele des VBB würden diese Flächen nun in die städtebauliche Konzeption integriert und entsprechend umgenutzt.

Der VBB kann lediglich den Bedarf der geplanten Neubebauung regeln. Eine Verbesserung der Parkplatzsituation im Umfeld sei nicht Gegenstand des VBB und könne über dieses Instrument auch nicht erfolgen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 nahm die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 4.2** Eingabe nach § 24 GO NRW
Antrag zur Aufstellung einer Bank auf der Friedhofstraße
Vorlage: B 14/0203-01

Beratungsverlauf:

Frau Kunadt (Ordnungsamt) trug vor, dass der Gehweg der Friedhofstraße an dieser Stelle ca. 2 Meter breit sei. Der Gehweg müsse in einer Breite von 1,50 Meter passierbar bleiben. Die Verwaltung empfehle daher, die Bank neben dem Blumenkübel, direkt an die Hauswand, zu stellen. Aus Sicht der Polizei sowie der Verwaltung spreche straßenverkehrsrechtlich grundsätzlich nichts gegen das Aufstellen einer Bank.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss, dem Antragsteller das Aufstellen einer Bank vor seinem Geschäft auf der Friedhofstraße 16 zu erlauben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

4.3 Zusätzliche Parkplätze in der Frankenallee

Eingabe nach § 24 GO NRW

Vorlage: B 14/0212-01

Berichterstattung: Helmut Voß

Beratungsverlauf:

Im tatsächlichen Sitzungsverlauf wurde dieser Tagesordnungspunkt gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 4.4 behandelt.

Herr Voß (Amt für Verkehrswesen und Tiefbau) trug folgende Stellungnahme vor: „Die Verwaltung begrüßt die Initiative der BIG, in der Frankenallee und den verkehrsberuhigten Bereichen das Stellplatzangebot zu optimieren. Potential wird seitens der Verwaltung grundsätzlich gesehen, wobei der Einzelfall jeweils geprüft und gegebenenfalls auch Vor- und Nachteile abgewogen werden müssen. Zur Frankenallee gibt es noch keine abgestimmte Verwaltungsmeinung. Bezüglich der übrigen Straßen ist eine eingehende und relativ arbeitsintensive Untersuchung notwendig (Prüfung von Schleppkurven, Feuerwehraufstellflächen, Kostenermittlung etc.).“

Die Verwaltung bittet die Bezirksvertretung daher gegebenenfalls um die Erteilung eines Planungsauftrages. In der nächsten Sitzung würde dann eine Stellungnahme der Verwaltung zur Frankenallee die Grundlage eines Beschlusses der BV 3 bilden, zu den übrigen Straßen würde die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen berichten.“

Herr Wunder (BIG) bedankte sich für das Bemühen der Bezirksvertretung und der Verwaltung sich mit den Anliegen der Bürger auseinanderzusetzen und gab an, für Rückfragen gerne zur Verfügung zu stehen.

Herr Jansen (CDU) äußerte Verständnis für die Stellungnahme der Verwaltung zur Frankenallee, vertrat jedoch die Auffassung, dass in der König-, Bülow-, Reich- und Michaelstraße kurzfristig Parkraum geschaffen werden könne.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss, die Verwaltung mit der Planung von zusätzlichen Parkplätzen in der Frankenallee bis zur Sitzung am 05.05.2014 und im Bereich Königstraße bis zur Mentzstraße für eine der folgenden Sitzungen zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

4.4 Zusätzliche Parkplätze im Bereich Königstraße bis zur Mentzstraße

Eingabe nach § 24 GO NRW

Vorlage: B 14/0213-01

Berichterstattung: Helmut Voß

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde im tatsächlichen Sitzungsverlauf gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 4.3 behandelt. Das Beratungsergebnis ist unter Punkt 4.3 abgebildet.

4.5 Grünstreifen an der Karlsruher Straße

Eingabe nach § 24 GO NRW

Vorlage: B 14/0223-01

Berichterstattung: Helmut Voß

Beratungsverlauf:

Herr Voß (Amt für Verkehrswesen und Tiefbau) erklärte, dass die Verwaltung Verständnis für das Anliegen des Elternrates habe. Eine Befestigung sei technisch grundsätzlich möglich, allerdings widerspreche die Versiegelung dem Bemühen, den Bestand entsiegelter Flächen zu erhalten bzw. zu erhöhen. Die Kosten der gewünschten Veränderung würden grob geschätzt ca. 1.500,- EUR betragen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sei diese Maßnahme nicht erforderlich und vor dem Hintergrund der vorläufigen Haushaltsführung nicht realisierbar, da hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss mehrheitlich die Beibehaltung des Grünstreifens.

- 5** Aktion "Rettet den Storch Georch"
Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.02.2014
Vorlage: A 14/0224-01
Berichterstattung: Monika Blum, Peter-Torsten Schulz

Beratungsverlauf:

Herr Schulz (Künstler) erläuterte, dass der erst 10 Jahre alte und im Besitz der MST befindliche Turm, aus Sicherheitsgründen geschlossen werden musste. Dies sei bei einem im letzten Jahr erstellten Gutachten festgestellt worden. Aufgrund der beim WAZ Kaffee geführten Gespräche und der danach eingegangenen Reaktionen, habe er sich mit dem Gutachter und dem Statiker, der den Turm gebaut hat, getroffen. Dabei habe man festgestellt, dass der Turm mit Hilfe von Stahlkonstruktionen statisch so gefestigt werden könne, dass keine Sicherheitsbedenken mehr bestehen. Die Sanierung würde zwischen 30.000 und 50.000 € kosten und er versuche das Geld über Spenden zu sammeln, um das Wahrzeichen zu erhalten.

Frau Blum (CDU) erkundigte sich, ob der Turm dann nach wie vor in der Verantwortung der MST verbleibe und diese somit auch weiterhin die Risiken, die sich z.B. durch Vandalismus ergeben, zu tragen habe. Außerdem gab sie zu Bedenken, was in einigen Jahren mit dem Turm passieren soll, wenn kein Fond existiere, um die Unterhaltung zu gewährleisten.

Herr Walter (SPD) wies darauf hin, dass innerhalb der Bezirksvertretung 3 immer eine positive Stimmung für den Turm bestanden habe und entsprechend auch Mittel für die Instandsetzung bzw. Unterhaltung aus den Verfügungsmitteln bereitgestellt worden seien.

Herr Schulz stellte klar, dass die Rettungsaktion gestorben sei, wenn das notwendige Geld dafür nicht gesammelt werden könne. Wenn es jetzt gelänge den Turm wieder begehbar zu machen, müsse im nächsten Schritt über die Finanzierung der Folgekosten nachgedacht werden. Es sei nicht seine Absicht, die Gemeinschaft für den Erhalt eines Kunstwerkes heranzuziehen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 nahm den Bericht von Herrn Schulz zur Kenntnis.

- 6** Betreuungsangebote in den Kindertageseinrichtungen im Kindergartenjahr
2014/2015
Vorlage: V 14/0038-01
Berichterstattung: Minka Gerent

Beratungsverlauf:

Frau Gerent (Amt für Kinder, Jugend und Schule) wies auf den seit dem 01.08.2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige hin. Alle Familien, die einen Bedarf angemeldet haben, hätten auch berücksichtigt werden können. Somit seien zur Zeit keine Klagen anhängig. Dabei sei die Unterbringung in der Wunscheinrichtung nicht immer möglich. Die Versorgungsquote in der Bezirksvertretung 3 liege bei 95,5 % bei über Dreijährigen und 26 % bei unter Dreijährigen. Tagespflegeplätze seien dabei nicht berücksichtigt. Weitere Zielsetzung sei zunächst der Abbau der Interimsplätze.

Frau Sinn-Leyendecker (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) deutete auf das von vielen Eltern praktizierte Anmeldeverhalten hin, in dem sie ihr Kind an etlichen Einrichtungen gleichzeitig anmelden und daher erst spät ersichtlich werde, wie viele Kinder tatsächlich auf der Anmelde-Liste einer Einrichtung stehen.

Frau Gerent berichtete, dass zur Zeit an einer trägerübergreifenden Bedarfsanmeldung gearbeitet werde, da es tatsächlich Familien mit bis zu 16 Anmeldungen in unterschiedlichen Einrichtungen gebe.

Herr Bezirksbürgermeister Allzeit erkundigte sich danach, was genau die Bezirksvertretung beschließen soll, da die Vorlage lediglich Berichtscharakter habe. Seiner Auffassung nach könne die Bezirksvertretung den Beschluss des Jugendhilfeausschusses nur nachträglich zur Kenntnis nehmen.

Frau Gerent erklärte, sich bei Erstellung der Vorlage an den Beratungsfolgen aus den Vorjahren orientiert zu haben. Die jährliche Meldung zum 15.03. an den Landschaftsverband Rheinland über die künftigen Gruppenstrukturen und Betreuungsangebote in den Kindertageseinrichtungen sei Grundlage der Landesbezugschussung und bedürfe daher der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses. Sie sagte zu, bis zur nächsten Sitzung zu prüfen, ob hier eine Beschlussfassung im Rahmen der Anhörung oder eine Kenntnisnahme durch die Bezirksvertretung notwendig sei.

7 Änderung des Bebauungsplanes "Kölner Straße/Fahrkamp - I 16"

(Verfahrensbezeichnung I 16/I)

Auslegungsbeschluss

Vorlage: V 14/0113-01

Berichterstattung: Claudia Erdmann

Beratungsverlauf:

Frau Erdmann (Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung) erläuterte mit Hilfe einer Power Point Präsentation die geplanten Änderungen des Bebauungsplanes "Kölner Straße/Fahrkamp - I 16".

Herr Jansen (CDU) kritisierte den der Vorlage beigefügten Lageplan, anhand dessen man auch unter Zuhilfenahme weiterer Stadtpläne, die Grenzen nicht eindeutig nachvollziehen könne.

Frau Sinn-Leyendecker (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erklärte ihre Ablehnung zu dieser Vorlage, da im Rahmen der Klimaaanalyse Einigkeit darüber bestanden habe, die grünen Fenster an der Kölner Straße zu erhalten und die Frischluftschneise nicht zu verkleinern. Mit der Umsetzung dieser Vorlage würde das Gelände für Hallen etc. aufgebraucht und die Randgebiete weiter zersiedelt.

Herr Beig. Vermeulen erklärte, dass Mülheim über zu wenige Gewerbeflächen verfüge und ausgewiesene Gewerbeflächen, wie in diesem Fall, nicht genutzt würden. Daher habe er sich um Moderation bemüht, hier eine Erschließungsstraße zu schaffen, die es für Gewerbetreibende attraktiver mache sich hier anzusiedeln. Der politische Wille an dieser Stelle Gewerbe anzusiedeln sei bereits vor vielen Jahren entstanden.

Herr Deichsel-Otterbeck (FDP) meinte, dass hier für einen bestimmten Interessenten, einen Sportartikelhersteller, die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Dieser Aussage widersprach **Herr Beig. Vermeulen**, da mit dieser Änderung künftig eine vielseitige Nutzung des Geländes möglich sei. Lediglich das hintere Grundstück sei für den Sportartikelhersteller interessant. Weitere Hintergrundinformationen könne er gerne im nichtöffentlichen Teil der Sitzung liefern.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 stimmte der Vorlage im Rahmen der Anhörung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 4 (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN; MBI-Fraktion)

8 Erlass einer Umlegungsanordnung für den Bereich des Bebauungsplanes "Kölner Straße / Fahrkamp - I 16"

Vorlage: V 14/0079-01

Berichterstattung: Herr Kührlings

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 stimmte der Vorlage im Rahmen der Anhörung ohne Aussprache zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 4 (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN; MBI Fraktion)

9 Bauen und Klimaschutz - Checkliste

Vorlage: V 14/0095-01

Beratungsverlauf:

Frau Marx (Amt für Umweltschutz) wies auf die bereits 20-jährige Mitgliedschaft der Stadt Mülheim an der Ruhr bereits seit 20 Jahren Mitglied im Klimabündnis hin. Die hier vorgeschlagene Checkliste solle das Handeln der Verwaltung transparenter machen. Sie sagte zu, die Anregung von **Herrn Jansen** (CDU), die Checkliste auch auf Erbpachtgrundstücke der Stadt anzuwenden, aufzunehmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 stimmte der Vorlage im Rahmen der Anhörung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

- 10** Verwendung der Haushaltsmittel für Spielgeräteeersatzbeschaffungen auf Kinderspielplätzen im Stadtbezirk 3

Vorlage: V 14/0147-01

Berichterstattung: Sylvia Waage

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss ohne Aussprache, die für ihren Stadtbezirk etatisierten Mittel für Spielgeräteeersatzbeschaffungen wie in der Vorlage abgebildet zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

- 11** Gärtnern in der Stadt (Urban Gardening)

Vorlage: V 13/0638-02

Berichterstattung: Sylvia Waage

Beratungsverlauf:

Frau Waage (Amt für Grünflächenmanagement und Friedhofswesen) erläuterte, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Flächen keine Konkurrenz zu Grabelandflächen oder Kleingärten sein sollen, sondern die Bürger auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, sich aktiv in die Gestaltung öffentlicher Räume einzubringen. Dabei würden in Mülheim städtische Brachflächen ohne konkrete Nutzungsperspektive in den Fokus genommen. Anders als bei der Umnutzung bestehender Grünanlagen, sollen hierbei nicht erst bereits geschaffene Werte zerstört werden. Durch Kümmerer soll die Entstehung von „Schmuddelecken“ verhindert werden, da die Stadt bisher nur eine Minimalpflege

gewährleisten könne. Die Bürger würden ein niederschwelliges Angebot für den eigenen Nahrungsmittelanbau oder die Verwirklichung gärtnerischer Ideen zur Verschönerung ihres Lebensumfeldes erhalten.

Die Fläche „Im Wiesengrund“ müsse zurückgezogen werden, da die Firma Spickermann sich diesen Bereich angeeignet habe und dort nun ein entsprechender Pachtvertrag abgeschlossen werde.

Darauf folgend definierte **Frau Waage** mit Hilfe einer Power Point Präsentation, was genau der Begriff Urban Gardening beinhaltet.

(Diese Präsentation wurde mit Mail vom 19.03.2014 an alle Mitglieder der Bezirksvertretung 3 verschickt und kann in AllrisNet eingesehen werden.)

Herr Stollen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) lobte den vorgetragenen Bericht, denn in den 50er Jahren seien überall derartige Gärten entstanden und es sei erfreulich, wenn dies nun wieder möglich sei. Er bat um Auskunft, aus welchem Grund es so lange gedauert habe, die bereits vor 6 Monaten versandte Vorlage zu beraten und nach welchen Kriterien die künftige Vergabe der Flächen erfolgen solle.

Frau Waage antwortete, dass bislang noch die Zustimmung von bestimmten Bereichen gefehlt habe. Daher könne jetzt auch erst in 2015 mit dem Projekt begonnen werden. Die Vergabe erfolge nicht an Einzelpersonen, sondern an Gruppen. Konkrete Anfragen würden bereits vorliegen. Gegebenenfalls könne man auch mit einer Pressemitteilung auf diese Möglichkeit hinweisen. Die Fläche werde von der Verwaltung nicht hergestellt, sondern müsste selber durch die Gruppe erfolgen. Die Verkehrssicherungspflicht, z.B. für Bäume, verbleibe bei der Verwaltung. Eine entsprechende Begehung werde es mit dem Amt für Umweltschutz geben.

Frau Blum (CDU) erkundigte sich, ob mit den Gruppen darüber gesprochen werde, was zu tun ist und ob diese auch über ausreichend finanzielle Mittel verfügen. Da es jede Menge Arbeit sei, eine derartige Fläche herzustellen, müssten die Leute auch davor geschützt werden, dass die Flächen in absehbarer Zeit nicht anderweitig verwendet werden.

Herr Seeger (FDP) brachte seine Bewunderung für Leute zum Ausdruck, die den Mut haben solche Flächen urbar zu machen. Er fragte nach, was passiere, wenn es zu Unstimmigkeiten innerhalb der Gemeinschaft komme.

Frau Waage verwies auf die Beispiele aus Berlin. Die Gruppen müssten sich beispielsweise in einem Verein organisieren und einen Nutzungsvertrag mit dem ImmobilienService abschließen.

Herr Berges (ImmobilienService) wies darauf hin, dass die Leute nicht verpflichtet würden, Flächen zu übernehmen, sondern diese zur Verfügung gestellt würden. Darin würden sich die Verträge von den ca. 100 existierenden Pachtverträgen unterscheiden. Auf diese Weise würde ein Impuls gesetzt und Möglichkeiten für Enthusiasten geschaffen.

Herr Deichsel-Otterbeck (FDP) berichtete ebenfalls von vielen Freiflächen, die nach dem Krieg beackert wurden. Er kritisierte den organisatorischen Aufwand, den diese Idee verursache, da selbst die freiwillige Pflege von Blumenkübeln in der heutigen Zeit mit Auflagen versehen werde. Ihm sei die Vorlage nur sympathisch, wenn der Stadt keine

Kosten entstünden.

Herr Jansen (CDU) befürwortete die Vorlage mit Ausnahme des Grundstückes am Broicher Waldweg, da hier aufgrund der Lage und Größe des Grundstückes, seiner Auffassung nach Werte verschenkt würden.

Frau Dodd (SPD) äußerte sich ebenfalls wie **Frau Schlossmacher** (MBI) lobend über das Projekt, welches sich noch in den Kinderschuhen befinde.

Nach ausführlicher Diskussion an der sich Vertreter unterschiedlicher Fraktionen beteiligt hatten, stellte **Herr Beig. Vermeulen** abschließend fest, dass heute die Entscheidung über das Bereitstellen der Flächen gefasst werde. Bei der weiteren Abwicklung würde es sich um ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung handeln. Sollte das Ganze nicht funktionieren, würden die Flächen wieder zurückgegeben.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss, die in der Anlage benannten städtischen Brachflächen, außer der Fläche „Im Wiesengrund“, für das Gärtnern in der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9 (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN; MBI-Fraktion)
Ablehnung: 3
Enthaltung: 4

11.1 Entfernung von städtischen Bäumen aus Gründen der Verkehrssicherheit

Berichterstattung: Sylvia Waage

Beratungsverlauf:

Frau Waage (Amt für Grünflächenmanagement und Friedhofswesen) erläuterte ausführlich mit Hilfe einer Power Point Präsentation die Notwendigkeit der sofortigen Fällung von 12 Silberlinden und 2 Ginkgo in der Cheruskerstraße und von 8 Altsilberlinden und 2 jüngeren Silberlinden am Schloßberg. Die Ersatzpflanzung von Säuleneichen würde im Herbst 2014 erfolgen. Das Amt für Umweltschutz habe jeweils zwei Auflagen erteilt.

Die gesamte Power Point Präsentation wurde am 19.03.2014 an alle Mitglieder der Bezirksvertretung 3 per Mail verschickt und kann in AllrisNet eingesehen werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 nahm den Bericht zur Kenntnis.

12 Stickstoffdioxid-Belastung Kölner Straße in Selbeck

Vorlage: A 14/0114-01

Berichterstattung: Wolf-R. Deichsel-Otterbeck, Dr. Jürgen Zentgraf

Beratungsverlauf:

Die von **Herrn Dr. Zentgraf** (Amt für Umweltschutz) vorgetragene Stellungnahme wurde per Mail vom 19.03.2014 an alle Mitglieder der Bezirksvertretung 3 versandt und kann über AllrisNet eingesehen werden.

Herr Zeitnitz (SPD) kritisierte den Standort der Messstation, die sich direkt an der Bushaltestelle befindet. Bei Anordnung von Tempo 30 auf der Kölner Straße, würde diese täglich bis zum Breitscheider Kreuz verstopft sein. Die Werte der Stickoxide würden sich dann weiterhin erhöhen.

Herr Dr. Zentgraf bestätigte die vorgetragenen Bedenken. Allerdings sei das Amt für Umweltschutz gezwungen zu handeln und die Messstelle befindet sich im Besitz des Landes und könne nicht verlegt werden.

Herr Deichsel-Otterbeck (FDP) regte an, mögliche Lösungsansätze mit dem Selbecker Bürgerverein zu erörtern.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

13 Sachstand Schrottverwertung Jost

Berichterstattung: Dr. Jürgen Zentgraf

Beratungsverlauf:

Herr Dr. Zentgraf (Amt für Umweltschutz) teilte mit, dass der von der Fa. Jost gestellte Antrag zur Erweiterung des Betriebes, von der Bezirksregierung abgelehnt worden sei. Die Messungen im Rhein-Ruhr-Hafen würden auch in diesem Jahr durch das Land weiter fortgesetzt. Allerdings müsse das zuständige Landesamt (LANUV) für die Messstelle in unmittelbarer Nähe zum Betriebsgelände der Fa. Jost einen neuen Standort suchen, da das Verwaltungsgericht Düsseldorf den Abbau angeordnet habe.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

14 Förderung neuer Wohnformen durch Bereitstellung von Grundstücken

Vorlage: V 14/0116-01

Berichterstattung: Frank Berges

Beratungsverlauf:

Herr Berges (ImmobilienService) erklärte, mit dieser Vorlage der Politik alternative Wohnprojekte für Bürger anzubieten, wie sie in vielen Nachbarstädten bereits vorhanden seien. Das Angebot richte sich an Menschen in Mülheim, die sich für eine solche Gemeinschaft finden. Eine Subventionierung des Projektes sei nicht angedacht.

Frau Godbersen (MBI) kritisierte die Bereitstellung des Grundstückes an der Friedhofstraße für Wohnzwecke, da es sich ihrer Auffassung nach eher für Urban Gardening eigne. Sie begründete ihre Ablehnung zu dieser Vorlage u.a. mit der durch die Bebauung eintretenden Flächenversiegelung.

Auch **Herr Jansen** (CDU) kritisierte die Lage des Grundstückes, deren künftigen Bewohnern zugemutet würde an einer Bahnlinie zu wohnen, anstatt die für Urban Gardening vorgesehene Freifläche am Broicher Waldweg zu verwenden.

Herr Berges informierte über den laut Bebauungsplan auf dem Grundstück am Broicher Waldweg beabsichtigten Bau eines Regenrückhaltebeckens, der auch irgendwann realisiert würde. Es sei nicht angedacht, die Fläche für hochpreisiges Wohnen zu vermarkten. Darüber hinaus würden viele Menschen nicht in Bereichen außerhalb wohnen wollen, sondern dort, wo Leben stattfindet.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 stimmte der Vorlage im Rahmen der Anhörung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 2 (MBI-Fraktion)

15 Bericht des ImmobilienService über die laufenden Baumaßnahmen

Vorlage: V 14/0120-01

Berichterstattung: Frank Berges

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 nahm die Vorlage ohne Aussprache, aber mit dem Hinweis zur Kenntnis, dass der Sportplatz an der Mintarder Straße zur Bezirksvertretung 3 und nicht wie in der Vorlage dargestellt zur Bezirksvertretung 2 gehöre.

16 Bericht über die laufende Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen in Schulgebäuden

Vorlage: V 14/0121-01

Berichterstattung: Frank Berges

Beratungsverlauf:

Frau Dodd (SPD) erkundigte sich nach dem Zeitfenster für die längerfristigen Maßnahmen für die bereits Planungsaufträge erteilt wurden.

Herr Berges (ImmobilienService) schlug vor, diese Fragestellung in einer der nächsten Sitzungen mit einer ausführlichen Stellungnahme zu begründen.

Beschluss:

Im Übrigen nahm die Bezirksvertretung 3 die Vorlage zur Kenntnis.

17 Verkauf von nicht für den Ausbau der Straße "Nesselbleck" benötigten Teilflächen

Vorlage: V 14/0216-01

Berichterstattung: Frank Berges

Beratungsverlauf:

Herr Berges (ImmobilienService) erläuterte, dass die Straße Nesselbleck nicht mehr so ausgebaut würde, wie die Festsetzung der Fluchtlinien im Jahre 1951 dies vorgesehen habe. Daher stünde veraltetes Planungsrecht dem Verkauf der Teilflächen entgegen. Ein Anwohnerantrag zum Kauf der Fläche liege bereits vor.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 bevollmächtigte die Verwaltung, die nicht für den Straßenausbau in Anspruch genommenen Teilflächen aus dem Straßengrundstück „Nesselbleck“, Gemarkung Saarn, Flur 10, Flurstück 564, den Grundstückseigentümern Nesselbleck 2, 2a, 3, 4 und 5, zu verkaufen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

18 Vergabeermächtigung für den Bau einer Aufzugsanlage an der Pestalozzischule

Bülowstraße

Vorlage: V 14/0226-01

Berichterstattung: Frank Berges

Beratungsverlauf:

Herr Berges (ImmobilienService) bat um diese Beschlussfassung und somit das Vertrauen der Bezirksvertretung 3, wie seinerzeit als der ImmobilienService noch Eigenbetrieb war. Der Beschluss würde die Verwaltung ermächtigen, die Vergabe auch ohne passende Sitzung der Bezirksvertretung 3 zu erteilen, sobald die Kreditermächtigung aus Düsseldorf eintreffe.

Herr Bezirksbürgermeister Allzeit schlug vor, den Betrag für die zu erteilenden Aufträge auf 275.000 € zu begrenzen. Dies entspreche der in der Beschlussvorlage V 13/0902-01 von der Verwaltung angegebenen Kostenschätzung.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss, die Verwaltung zu ermächtigen, alle Aufträge bis

275.000 € für den Bau einer Aufzugsanlage an der Pestalozzischule Bülowstraße eigenständig zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

19 Verwendung der Verfügungsmittel der Bezirksvertretung 3

19.1 Verwendung der Verfügungsmittel

Aktuelle Übersicht

Vorlage: V 14/0220-01

Berichterstattung: Peter Ludewig

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 nahm die Übersicht ohne Aussprache zur Kenntnis.

19.2 Verwendung der Verfügungsmittel

Antrag der DJK Ruhrwacht e.V.

Vorlage: V 14/0112-01

Berichterstattung: Peter Ludewig

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss ohne Aussprache, der DJK Ruhrwacht einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € für den Kauf eines Zweier-Kajaks zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 2 (MBI-Fraktion)

19.3 Verwendung der Verfügungsmittel

Sicherheitsbeleuchtung in der Alten Dreherei

Vorlage: V 14/0123-01

Berichterstattung: Peter Ludewig

Beratungsverlauf:

Herr Leyk (Trägerverein Alte Dreherei) erläuterte anschaulich mit Hilfe einer Power Point Präsentation den bislang erzielten Baufortschritt der denkmalgeschützten Halle, um deren Erhalt sich der Trägerverein seit 2007 bemühe. Neben jährlich über 4.000 geleisteten ehrenamtlichen Arbeitsstunden, seien auch Kooperationen u.a. mit Schülern/innen des Gymnasiums Heißen und der Schule am Hexbachtal gegründet worden, die sich mit praktischen Arbeiten am Erhalt der Halle beteiligen. Abschließend dankte er der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und bat um den Zuschuss der Bezirksvertretung 3 für die

erforderliche Sicherheitsbeleuchtung.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss, dem Trägerverein Haus der Vereine in der Alten Dreherei e.V. einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € für die Sicherheitsbeleuchtung zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

19.4 Verwendung der Verfügungsmittel

Finanzielle Unterstützung für die GGS Krähenbüschken

Vorlage: V 14/0243-01

Berichterstattung: Peter Ludewig

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 3 beschloss ohne Aussprache, der GGS Krähenbüschken einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € für die Innenraumgestaltung der Schule zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

20 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

Beratungsverlauf:

Es lagen keine Mitteilungen vor.

21 Mitteilungen der Verwaltung

Beratungsverlauf:

Es lagen keine Mitteilungen vor.

Herr Bezirksbürgermeister Allzeit schloss die öffentliche Sitzung um 17.26 Uhr.

Allzeit
BEZIRKSBUERGERMEISTER

SCHIMANSKI
SCHRIFTFUEHRERIN

